

Die evangelische Kirche und die Große Transformation: Eher Teil des Problems als Teil der Lösung

Wenn sich Gewerkschaften, Kirchen, Umweltverbände und andere Akteure der Zivilgesellschaft unter dem Titel „Große Transformation“ treffen, dann tun sie das in dem Bewusstsein, dass sie das je ihre dazu beitragen können und wollen, um den Prozess hin zu einer zukunftsfähigen, gerechten Welt tatkräftig voranzubringen. In diesem Sinne verstehen sich die Akteure als Teil der Lösung der anstehenden Probleme. Ich glaube, dass wir uns in diesem Selbstverständnis täuschen und dass uns diese Selbst-Täuschung mehr zu einem Teil des Problems macht, das es zu bewältigen gilt, als zu einem Teil seiner Lösung. Ich möchte diese These begründen und beziehe mich dabei in allererster Linie auf die evangelische Kirche in Deutschland, weil ich hier tätig bin.

Zu Beginn ein aktuelles Beispiel:

Hier im Eingang liegt ein Aufruf zu einer Protestkundgebung gegen das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen. Initiatoren sind u. a. gewerkschaftliche und kirchliche Organisationen. Die zentralen Forderungen richten sich u. a. gegen die Privatisierung und Kommerzialisierung von Bereichen der Daseinsvorsorge sowie gegen die Stärkung der Rechte privater Investoren. Das ist nicht neu, bis in den Wortlaut hinein findet sich das in Beschlüssen aller Organisationen, die im rot-grün-gewerkschaftlich-kirchlichen Spektrum unterwegs sind. Das ist die eine Seite. Die andere: Vor einem Jahr wurde in Hamburg ein Volksentscheid durchgeführt, in dem es um die Umsetzung exakt dieser Forderungen an einem sehr konkreten Beispiel ging, nämlich der geplanten weiteren Privatisierung der Hamburger Energie-Infrastruktur. Dieser – schließlich erfolgreiche – Volksentscheid musste sich durchsetzen gegen teilweise heftigen Widerstand insbesondere aus der Leitungsebene der Organisationen, die sich nun, wo die konkrete „Gefahr“ vorbei ist, wieder zu Wort melden.

Dieses Beispiel ist kein Einzelfall, sondern symptomatisch. Wer sich die Geschichte des Konziliaren Prozesses, der mit dem Ansatz und dem Denken der „Großen Transformation“ vergleichbar ist, in den 1980/90er Jahren anschaut, wird sehen, dass die Diskrepanz zwischen einer guten Beschlusslage und einer immer wieder behinderten oder verhinderten politischen Performance dieser Beschlüsse System hat. Man schaue sich bspw. die innerkirchlichen Auseinandersetzungen um die Friedensbewegung, das Anti-Apartheid-Engagement oder die Nestle-Kampagne an. Selbst das kirchliche Engagement für Flüchtlinge, das innerkirchlich nach wie vor hohe Akzeptanz hat, ist mit dem Makel behaftet, dass im entscheidenden Moment – nämlich der Einschränkung des Asylrechts 1992 – der Rat der EKD anders entschied als es die meisten Stimmen aus der Kirche heraus forderten und damit der Regierung folgte, die ihrerseits dem rechten Druck Rechnung zollte. Man könnte zur Illustration auch in die Provinz gehen und schauen, wie lokalen Protestbewegungen (z.B. zur Industrialisierung im Untertal) innerkirchlich begegnet wurde. An dieser Stelle sei auch ein Seitenblick auf die Gewerkschaften gestattet, wenn ich auf die m.E. auch dort nicht produktiv bewältigten Auseinandersetzungen über die Rüstungs-, Energie- oder Industriepolitik verweise.

Viele der genannten Beispiele haben etwas Schillerndes an sich, weil sie einerseits den Erfolg kirchlicher Aktionsgruppen – meist im Bündnis mit anderen – spiegeln und manche von ihnen in die kirchliche Traditionsbildung eingegangen sind. Das Problem – und das ist die andere Seite – stellt sich darin, dass diese Konflikte meines Wissens innerkirchlich nicht aufgearbeitet wurden, weshalb sie für eine so plurale Organisation, wie es die evangelische Kirche ist, nicht produktiv gewendet wurden. Diese Doppelbildlichkeit zeigt sich bis heute darin, dass es in etlichen gesellschaftspolitischen Feldern ein inhaltlich unverträgliches Nebeneinander von ausgebildeter Expertise, unterstütztem Engagement und kirchenpolitischem Vorgehen gibt. Wir reden in der Kirche gern über Normen und normativ, aber nicht über die Formen, in denen gesellschaftliche Machtverhältnisse normativ wirken. Zugespitzt ausgedrückt: Es darf alles gesagt werden, was gut und richtig ist, aber es darf nicht konkret und relevant werden, wenn es in einen ernsthaften Konflikt mit der Regierung führen würde.

Warum ist das in diesem Zusammenhang wichtig? Wenn wir unter dem Stichwort der „Großen Transformation“ miteinander diskutieren und uns organisieren, dann schauen wir auf Gegenwart und Zukunft und den Veränderungsbedarf. Wir schauen m.E. nicht genau genug auf den Status quo und darauf, welchen Anteil unsere eigenen Organisationen an dem Erhalt des Status quo haben. Das aber halte ich für notwendig, schon allein um auf die Frage, warum gegen alle Einsicht notwendige Veränderungen so schwer umzusetzen sind, eine realitätstaugliche Antwort geben zu können. Ralf Ptak hat in seinem Beitrag auf dem Symposium darauf hingewiesen, dass wir zurzeit noch in einer ganz anderen Transformation stecken, nämlich in der Mitte der 1970er Jahre eingeleiteten neoliberalen Wende. Diese Wende ist auf Dekaden hin angelegt, denn sie orientiert sich nicht an vordergründigen Veränderungen, sondern an dem Interesse an einer grundsätzlichen Neuaufstellung unserer Gesellschaft. Mit der Herausbildung eines veränderten Verständnisses vom „Markt“ ging eine „Entbettung“ des wirtschaftlichen Handelns aus dem gesellschaftlichen Leben einher, einschließlich der Veränderung substanzieller Werte bis hin zu einem pessimistischeren, misstrauisch konnotierten Menschenbild. Eine Folge war auch die Ökonomisierung des Sozialen mit entsprechender Auswirkung auf das Grundverständnis dessen, was „sozial“ bedeutet, fataler noch die Kommerzialisierung, die wir in weiten Teilen des sozialen Sektors erleben. Unsere Gesellschaft – da reicht ein Blick auf die politische Agenda – befindet sich noch mitten in dieser Transformation. Wir haben es deshalb heute und insbesondere, wenn wir über die Große Transformation reden, de facto mit der Gleichzeitigkeit von Abwehrkämpfen gegen die neoliberale Transformation und dem Vortasten zu einer post-neoliberalen Agenda zu tun. Als Stichworte seien dafür noch einmal die Kommerzialisierung des sozialen Sektors und der öffentlichen Daseinsvorsorge einerseits und die vielen, noch kleinen Ansätze einer alternativen, solidarischen Ökonomie andererseits genannt.

In diesen Abwehrkämpfen zeigen vor allem die großen Institutionen, zu denen auch die evangelische Kirche gehört, ihren Doppelcharakter. Denn so sehr sie aus ihren inhaltlichen Traditionen heraus kritisches Potenzial beherbergen, so sehr profitieren sie von der bisherigen Entwicklung und dem Erhalt des Status quo. De facto ist die evangelische Kirche als Institution und Organisation Profiteur unseres gesellschaftlichen Systems. Das spiegelt sich last but not least auch in der Zusammensetzung vieler Gremien und darum auch in so mancher Stellungnahme. Deshalb gibt es auch eine gewisse Anfälligkeit für die Einflussnahme der wirtschaftlichen und politischen Eliten auf die Kirchen, auch wenn sie sich nicht immer so deutlich niederschlägt wie in dem jüngsten „Sozialwort“ der Kirchen, das Friedhelm Hengsbach treffend als Ausdruck eines Schulterschlusses der wirtschaftlichen, politischen und kirchlichen Eliten charakterisiert hat. Das Problem ist nicht, dass es diese Einflussnahme gibt: Institutionen sollten sich Sorgen machen, wenn niemand auf sie Einfluss zu nehmen versucht. Das Problem ist, dass die evangelische Kirche die sich daraus ergebende Widersprüchlichkeit nicht offen thematisiert und damit erst jenen Verdacht weckt, den sie vehement von sich weisen würde, nämlich dass sie in ihren Positionen und in ihrem Handeln nicht frei ist.

Um mit dieser Widersprüchlichkeit umzugehen, wählen viele den Weg, die Kirche als Ort der (mitunter moderierten) Begegnung auszuweisen. Das kann – je nach Situation – produktiv sein, ist es aber nicht immer. In der Gesamtheit führt das eher dazu, dass politische Konflikte als kommunikative Prozesse wahrgenommen werden, in denen man in der Auswahl der Eingeladenen auch mal klug und mutig sein darf, in denen es letztlich aber nicht auf die Inhalte ankommt. Im Gegenteil: Die sind austauschbar, wenn die Funktion als Moderator im Zentrum des eigenen Interesses steht. Es ist spürbar, dass nach der durch die ökumenische Bewegung geprägten Generation mittlerweile vielfach diejenigen in kirchliche Leitungspositionen gewählt wurden, deren Ausbildung sehr durch die Aneignung von Moderationstechniken geprägt wurde. Das macht die evangelische Kirche extrem anfällig für eine fortschreitende Anpassung an den gesellschaftlichen Mainstream, was sie im Hinblick auf ihre gesellschaftspolitische Funktion und Aufgabe letzten Endes überflüssig machen wird.

Kurzum: Wenn die evangelische Kirche das, was unter dem Begriff der „Großen Transformation“ zusammengefasst ist, wirklich und ernsthaft fördern will, sollte sie offenen Auges auf die eigenen Verstrickungen schauen, die sie selbst daran hindern, Teil dieser Bewegung zu werden. Ansonsten wird die evangelische Kirche diesem Prozess nicht nur nicht nützen, sondern sogar schaden.

Theo Christiansen

Leiter Diakonie+Bildung im Ev.-Luth. Kirchenkreis Hamburg-Ost

13.11.2014